

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis:
Durch den Boten frei ins Haus monatlich 2.00 Mark
oder durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 Mark.

Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühl-Näh
Fernruf 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742

Geschäftsstelle: Schloßstraße 26

Anzeigenpreis:
Die einseitige Colonne oder deren Raum 0.50 Mk
im Restament 1.50 Mk.

Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanzanzeigen 0.60 Mk.

Nr. 103

Mittwoch, 5. Mai 1920

23. Jahrgang.

Aufruf der Zentrumsparlei.

Anhänger und Freunde der Zentrumsparlei!

Die Deutsche Nationalversammlung legt ihr Mandat in die Hände des Volkes zurück. Das deutsche Volk wird aufgerufen, den ersten Reichstag nach der neuen Verfassung zu wählen. Eine folgenschwere Schicksalsstunde für Volk und Reich! Sie erfordert zunächst Prüfung und Rückblick. Am 6. Februar 1919 trat die Deutsche Nationalversammlung auf einmütiges Verlangen des ganzen Volkes in Weimar zusammen. Ohne sie und ihr erfolgreiches und rasches Arbeiten wäre kein Frieden mit dem Ausland zustande gekommen, wäre das Reich zerfallen, hätte der Bürgerkrieg unsere letzten Kräfte aufgerieben. Neuschöpfung von entscheidender Tragweite war nur möglich

auf dem Boden der Koalition.

Eine Mehrheit des Zentrums mit den Parteien der Rechten war nicht gegeben. Diese Parteien verfügten zusammen über nur 154 Mandate. Sie blieben mit 58 Stimmen unter der Hälfte der Gesamtmandate. Rechnet man die Demokratische Partei mit 75 Mitgliedern hinzu, so ergab sich allerdings eine kleine ziffernmäßige Mehrheit der nicht sozialistischen Fraktionen. Aber auch eine solche Regierung ohne die Beteiligung der Mehrheitssozialdemokraten wäre aus äußeren und inneren Gründen unmöglich gewesen. Zur Wiederherstellung der Ordnung bedurfte es der tätigen, aufbauenden Mitwirkung der Arbeitermassen in Stadt und Land. Nur die Teilnahme der 165 Mitglieder zählenden mehrheitssozialistischen Partei konnte diese Mitarbeit gewährleisten. Eine Koalition ohne Zentrum wären weder die Sozialdemokraten, noch die Demokraten eingegangen. War schon eine Koalition nötig zur Rettung Deutschlands, so zwang uns außerdem die Rücksicht auf unsere kulturellen Interessen zum Beitritt. Koalition aber bedeutet Konzession, bedeutet Verständigung auf einer mittleren Linie. Keine der beteiligten Parteien kann dabei ihr Parteiprogramm durchsetzen. Man konnte sich nur auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zwecks politischer Arbeitsgemeinschaft einigen. Heute gehen selbst weite Kreise der Rechten die Unvermeidlichkeit der Koalition offen zu.

Am 21. Februar ward

die neue Reichsverfassung

im Entwurf der Nationalversammlung vorgelegt, am 31. Juli 1919 ward sie verabschiedet. Was an keiner großen Revolution der Neuzeit gelang, das hat die Deutsche Nationalversammlung in fünf Monaten vollbracht: eine lebenskräftige, das Reich neugestaltende Verfassung; eine Verfassung die zwar auch ein Kompromiß darstellt, dem wir in Einzelheiten widersprechen mußten, die aber dennoch

noch vorbildlich ist durch ihren sozialen Geist, wertvoll auch durch den Schutz, den sie den sittlichen und religiösen Gütern gewährleistet!

Nach vorwärts

richten nunmehr die Wahlen unseren Blick. Die Zukunft erfordert gebieterischer noch als die Vergangenheit eine starke Zentrumsparlei. Was ihre Anhänger eint, ist nach wie vor die Gemeinschaft einer Idee: die Idee der christlichen Volksgemeinschaft.

Staat, Religion und Kirche

sind uns untrennlich. Wir sind uns wohl bewußt, daß mit staatlichen Maßnahmen und Gesetzen allein unserem Volke nicht zu helfen ist, wenn nicht eine tiefe innerliche Erneuerung alle Glieder unseres Volkes ergreift. Die Überwindung des materialistischen Geistes, die Verjüngung der Stände, den Sieg über Klassenkampf und Klassenegoismus kann nur der Geist des Christentums herbeiführen. Getreu unserer Vergangenheit treten wir deshalb ein für eine ihrer Bedeutung entsprechende Stellung v. Religion und Kirche im Staate. Die allergrößte Bedeutung messen wir dem vom künftigen Reichstag zu schaffenden neuen Reichsgesetz bei. Von seiner Fassung wird die Zukunft der Schule im gesamten Deutschen Reich in erster Linie abhängen.

Auch unser nationales Gemeinschaftsgefühl muß geboren sein aus dem Geiste christlicher Nächstenliebe und sozialer Gerechtigkeit nach außen wie nach innen. Darum halten wir in der Außenpolitik fest an dem

Ideal der Völkerverständigung

Der Versailler Friedensvertrag bildet das stärkste Hindernis für ein einträchtiges Zusammenarbeiten der christlichen Kulturvölker. Darum fordern wir seine Revision; aber nicht mit den Mitteln der Gewalt sondern mit Hilfe einer klugen, verständigen Politik.

In der inneren Politik sind unsere Ziele:

der demokratische Staat.

Wir bekennen uns zum christlichen Volksstaat. Auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung fordern wir die lebendigste Anteilnahme jedes Volksgenossen am Staate. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für jeden! Wir verurteilen jeden Versuch, die Weimarer Verfassung gewaltsam zu stürzen, aufs schärfste und fordern umschärfte Bestrafung aller Verbrechen gegen die Verfassung, kommen sie von rechts oder links. Wir verwerfen jede Klassenherrschaft. Auch für die Zeit nach den Wahlen fordern wir eine starke, tragfähige Regierung. Bei ihrer Bildung müssen alle wertvollen Volksgruppen, die den ernstesten Willen zum Wiederaufbau des Staates auf verfassungsmäßiger Grundlage haben, vertreten sein.

Die Neuorganisation des Reiches

Wir halten fest an den neu geschaffenen Fundamenten der Reichsstärke, an der Steuer-, Verkehrs-, Wehr- und Rechtseinheit. Den zentralisierten Einheitsstaat aber lehnen wir ab. Die geschichtliche Eigenart der Länder und Stämme ist durch entsprechende Machtvollkommenheit zu wahren. Jede Vortherrschaft eines Landes muß beseitigt werden. Alle Länder sollen ihren gebührenden Anteil an Recht und Wirtschaft haben. Die Regelung dieser Fragen ist sofort in Angriff zu nehmen. Der Neuaufbau der gesamten staatlichen Verwaltung muß baldigst in die Wege geleitet werden. Wir verlangen eine organische Verbindung von Selbstverwaltung und staatlicher Einheit. Dem maßlosen Anwachsen des Behördenwesens muß gesteuert werden durch einen planvollen Ausgleich zwischen Reichsverwaltung und Selbstverwaltung der Länder und Provinzen.

Eine zuverlässige Wehr.

Der Schutz des Staates und der inneren Ordnung erfordert eine ausreichende, zuverlässige Wehrmacht. Wir verlangen die Säuberung und Reinerhaltung der Reichswehr von allen unzuverlässigen Elementen, stehen sie rechts oder links. Deshalb vertreten wir die Fernhaltung der Politik aus der Reichswehr. Um ihre Pflichten erfüllen zu können, müssen die Angehörigen der Reichswehr wirtschaftlich sichergestellt sein. Die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen der früheren Armee haben Anspruch auf Versorgung und wirtschaftliche Fürsorge. Von diesem Geiste ist auch das neue Reichsverordnungsgebot getragen.

Die Gesundung der Volkswirtschaft.

Wir treten ein für eine organische Verbindung von Wirtschaft und Politik. Die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben müssen auf das Notwendigste beschränkt werden und dürfen nur erfolgen unter weitgehender Zuziehung der Fachleute des betreffenden Wirtschaftszweiges. Deshalb fordern wir die baldigste Einführung des ewig gültigen Reichswirtschaftsrates und der Bezirkswirtschaftsräte unter feinfühligster Schonung der besonderen wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Landesteile.

Wir bestehen auf umschärfstem Kampf gegen die Einführung von Luxus- und Schundwaren, auf der notwendigen Kontrolle des Ein- und Ausfuhrhandels unter weitgehender Zuziehung der Selbstverwaltungskörper der einzelnen Wirtschaftszweige. Der Luxusverbrauch des kriegsgewinnlerischen Vergnügungsspiels unserer Großstädte muß rücksichtslos bekämpft, das Schiebertum mit allen Mitteln an seinem lichtscheuen Treiben verhindert werden.

Wir sind und bleiben die

Partei des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs.

Wir huldigen weder einem Klassen- noch einem Standesegoismus. Wir fördern darum die Interessen jeden Standes im Rahmen des Gesamtwohles.

Die Stiftssekretärin.

Roman von R. Courths-Mahler.

16

Nachdruck verboten.

Fragend sah sie zu ihm auf.
„Wozu brauchen Sie diese Adresse?“
„Sie sollen es wissen, Fräulein Gusti. Aber ich muß am strengsten Stillschweigen bitten.“
„Mein Wort darauf, Baron Rippach! Ich bin keine Plaudertasche.“

„Dafür hatte ich Sie gewiß nicht,“ sagte er lächelnd. „Aber vor allem darf Fräulein Ursula nicht wissen, was ich Ihnen jetzt sagen werde.“

„Ich verrate ihr kein Wort.“

„Gut! Ich will sofort selbst an die Fürstin Nied schreiben. Leider ist das augenblicklich das einzige, was ich tun kann. Sie glauben ja nicht, wie es mich schmerzt, daß meine Werbung zu dem allen den Anlaß gegeben hat. Wenn ich auch ehrlich gestanden, überzeugt bin, daß Fräulein Ursula in Feldegg nicht auf Rosen gebettet war, so hatte sie doch dort wenigstens eine Heimat, die ihr nun durch meine Schuld genommen wird. Ich werde nicht eher wieder ruhig sein, bis ich Sie geborgen weiß, und dabei darf ich doch auf Ihre Hilfe rechnen.“

Mit festem Druck reichte ihm Gusti die Hand.
„Ganz gewiß, Baron! Ich wollte nur, ich könnte mehr für Ursula tun. Doch nun muß ich eilen, um nach Hause zu kommen, sonst sucht man mich. Auf Wiedersehen morgen!“

„Auf Wiedersehen, Fräulein Gusti! Vielen Dank!“
Malte von Feldegg kam zusammen mit Baron von Rippach auf dem Bahnhof der kleinen Kreisstadt an, die nur ein paar Stunden von Feldegg und Rippach entfernt lag. Beide standen in derselben Garnison, wenn auch nicht bei dem gleichen Regiment, und verkehrten viel zusammen. Zwar war Baron Hans von Rippach drei Jahre länger als Malte von Feldegg, aber da sie sich von Kind-

heit auf kannten, hielten sie fest zusammen. Der Dritte im Bunde war Baron Luz von Rippach, der Vetter Hans von Rippachs. Wenn Malte und Baron Hans es irgend einrichten konnten, nahmen sie ihren Urlaub zu gleicher Zeit, um mit Luz zusammen sein zu können.

Der Wagen aus Feldegg, den die Eltern für Malte nach der Station gesandt hatten, war diesmal leer. Niemand holte ihn ab. Malte wunderte sich darüber, denn sonst hatte Gusti dies stets getan. Daß es ihr heute die Eltern trotz ihrer Bitten verwehrt hatten, konnte er ja nicht wissen. Aber Baron Luz von Rippach war mit seinem Zudergespinn vorfahren um seinen Vetter abzuholen, und nach herzlicher Begrüßung schlug er Malte vor:

„Du könntest deinen Wagen bis zum Kreuzweg vorbeifahren lassen und bei uns Platz nehmen, Malte! Wir haben dann wenigstens noch ein Plauderstündchen zu dreien, und du brauchst den Weg nicht allein zu machen.“

Malte nahm das Anerbieten dankend an, war aber auf der Fahrt auffallend schweigsam.

Für seine Jahre hatte Malte seltsam ernste und gereifte Züge. Kein sonniges Lächeln spielte um den herb geschlossenen Mund. Die großen, dunklen Augen mit einem fast träumerischen Glanz beherrschten das widersteht, ernste Männerantlitz, das den Stempel fester Energie trug.

Während Baron Luz von Rippach den Freund musterte, sagte er sich im Stillen, daß ein Mädchen wie Ursula von Ronach einen solchen Mann wohl lieben mußte, und dabei kam ihm unwillkürlich die Frage in den Sinn, was Malte wohl tun würde, wenn er von alledem erfuhr, was sich inzwischen auf Feldegg ereignet hatte.

Aber es blieb Baron Luz keine Zeit, seinen Gedanken nachzuhängen, denn sein Vetter Hans hatte in seiner frischen, lebhaften Art eine Menge Neuigkeiten aus der Garnison zu erzählen.

Seine lachenden Augen verrieten, daß er roh all der Einschränkungen, die er sich auferlegen mußte, ein beneidenswertes Sonnenmännchen war, der sich kaum je mit trübem Gedanken um seine Zukunft abquälte. Er war eine schlanke, straffe, soldatische Erscheinung, fast ebenso groß wie Malte, und die lebenswürdige Art, in der er sich in ungeschminkter Natürlichkeit gab, ließ es sich leicht verstehen, daß ein Mädchen wie Gusti für diesen „Leutnant vom Scheitel bis zur Sohle“ schwärmte.

Während Baron Hans von Rippach die Unterhaltung fast ausschließlich führte, rollte der Wagen auf dem gut gepflegten Chaussee dahin. Nach einer knappen Stunde hatte man den Kreuzweg erreicht, demnach Feldegg abbog. Von hier aus wollte Malte seinen eigenen Wagen zur Heimfahrt benutzen.

Wie staunte er aber, als er dicht an der Wegkreuzung seine Schwester stehen sah, die dem heranrollenden Wagen schon von weitem lebhaft zuwinkte.

Als der Wagen hielt, sprang er heraus, am Gusti mit brüderlicher Herzlichkeit zu begrüßen.

Aber auch Baron Hans von Rippach war ausgezogen und stand mit lachenden Augen hinter Malte, um Gusti von Feldegg ebenfalls zu begrüßen.

„Gott sei Dank, daß Sie wieder einmal auf Urlaub da sind, Baron Hans! Willkommen in der Heimat! Wo geht es Ihnen?“

Er strahlte sie mit seinen blauen Augen an.

„Momentan ausgezeichnet, Fräulein Gusti! Die Sonne lacht, ich habe Pfingsturlaub und gleich auf dem Weg ein ganz besonderes Glück — eine Waldfee auf dem Kreuzweg zwischen Feldegg und Rippach! Mehr kann man sich vom Schicksal nicht wünschen,“ sagte er beglückt und gab endlich die Hand Gustis frei. Die beiden jungen Augenpaare tauchten ineinander. Auch Gusti fand plötzlich, daß das Leben trotz alles Trüben, was die letzten Tage ihr gebracht hatten, doch wunderbar schön sei.

Fortsetzung folgt.

Die deutsche Landwirtschaft

und bleibt das Fundament unserer Volkswirtschaft. Unsere landwirtschaftliche Eigenproduktion wieder auf den früheren Stand zu bringen, ist darum eines unserer wichtigsten Ziele. Wir sind deshalb für den planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft. Wir fordern eine Preispolitik, die die landwirtschaftliche Erzeugung auf allen Gebieten lohnt und fördert. Die Düngemittelbeschaffung muß mit allen nur möglichen Mitteln gesteigert werden. Der bäuerliche Mittel- und Kleinbesitz ist zu schützen und zu vermehren.

Deutschlands Industrie

Uns nach dem Kriege ebenso unentbehrlich wie vorher. Von ihren Höchstleistungen für den Inlandsbedarf wie für die Ausfuhr hängt der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ab. Wir erstreben darum ihre technische Förderung und ihre organisatorische Zusammenfassung aus der Initiative der Beteiligten. Nachdem Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaften gefunden haben, fördern wir diese Verständigung zwecks friedlicher Fortentwicklung unserer Wirtschaft. Die Freiheit der wirtschaftlichen Initiative muß entsprechend der Verantwortung des Unternehmers diesem gewahrt bleiben.

Ein kräftiger Mittelstand

erscheint uns volkswirtschaftlich und sozial unentbehrlich. Wir verlangen darum seinen in der Verfassung gewährleisteten Schutz durch die Gesetzgebung und weitgehende staatliche Unterstützung der Selbsthilfebestrebungen im Handwerk und Kleinhandel, besonders zum Zwecke der Rohstoffversorgung und der Beteiligung an öffentlichen Dienstleistungen. Im Gegensatz zu übertriebenen Kommunalisierungsbestrebungen ist die Selbstständigkeit des volkswirtschaftlich gesunden Handwerks und Handels aufrechtzuerhalten. Durch fach- und sachgemäße Ausbildung des Nachwuchses ist die Zukunft von Gewerbe und Handel zu sichern.

Dem Arbeiterstand

Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe wagt die Zentrumspartei die hergebrachte Treue. Wir bestehen auf der Fortführung der bereits in Angriff genommenen Gesetzgebung, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer — der Arbeiter wie der Angestellten — bei der Gestaltung unserer Wirtschaft ausbaut und sichert. Das Tarif- und Einigungswesen ist zu vervollkommen und rechtlich sicherzustellen. Die Versicherungsgeetze sind den neuen Verhältnissen anzupassen. Eine unserer wichtigsten Sorgen ist die Hebung der Wohnungsnot und die Förderung des Siedlungs- und Heimstättenwesens. Wir unterstützen insbesondere die christliche Arbeiterbewegung, weil wir in ihr Ideen und Kräfte wirksam sehen, welche allein zur Gesundung unserer zerrissenen sozialen und staatlichen Zustände führen können. Im Kampfe für die wahre Demokratie, im Kampfe gegen die Sabotage unserer Wirtschaft, ist sie unserer wärmsten Sympathie und tatkräftigen Hilfe sicher.

Ein pflichttreues Beamtentum

anerkennen wir als eine der wichtigsten Stützen des Staates. Darum treten wir ein für seine wirtschaftliche Sicherstellung. Wir arbeiten mit an der Schaffung eines einheitlichen Beamtentums. Wir erstreben zeitgemäße Verjüngung des Beamtentums, Aufstieg der unteren und mittleren Beamten bei entsprechender Leistungsfähigkeit. Neben allen Wirtschafts- und Interessengruppen stehen die

akademischen Berufe.

Sie leiden gegenwärtig vielfach schwere wirtschaftliche Not. Wir verlangen daher vom Staate weitgehende Berücksichtigung der akademischen Berufsbewegung und großzügige Maßnahmen, um den akademischen Nachwuchs vor Verelendung zu schützen und ihm seiner Vorbildung entsprechende Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Vor allem verlangen wir eine ganz andere Bewertung der geistigen Arbeit.

Die Frauen

hat die neuzeitliche Entwicklung in erhöhtem Maße zur Erwerbstätigkeit gezwungen und sie in das politische Leben einbezogen. Wir anerkennen ihre Gleichberechtigung im öffentlichen Leben und verlangen die Heranziehung der Frau, insbesondere auf den Gebieten, für die sie ihrer ganzen Natur nach besonders befähigt ist, vor allem auf dem Gebiete der Volkserziehung und der allgemeinen Wohlfahrtspflege. Besonderen Schutz fordern wir für die Mütter und die erwerbstätigen Frauen.

So sind und bleiben wir

eine wahre christliche Volkspartei.

Religion und Kirche, Volk und Staat, Demokratie und sozialer Fortschritt sind unsere Leitsterne.

Christliche Männer und christliche Frauen in deutschen Landen!

Tretet ein in den Kampf für diese erhabenen Ziele! Wir alle tragen an einem Schicksal, an der Not eines geschlagenen und verarmten Volkes. Diese Schicksalsverbundenheit ist unsere gemeinsame Last, aber auch unsere gemeinsame Ehre. Wir tragen sie mit Stolz und mit dem Treuegelöbnis, zusammenzuhalten in jeder Not und Gefahr, die die Zukunft bringt. Der Glaube an die göttliche Vorsehung und die innere Kraft unserer christlichen Liebe werden die Schwere dieser Tage überwinden und uns einem Wiederaufstieg entgegenführen. Vergesst die engen Sorgen eurer Privatinteressen und denkt an große Ganze!

Schließt die Reihen zum Bunde christlicher, deutscher Volksgemeinschaft im Zentrum!

Der Reichsparteivorstand der deutschen Zentrumspartei.

Trimbom,

Woh. Justizrat u. Staatssekretär a. D., Untel a. M.

Deutsches Reich

Eine Kundgebung gegen Ebert

Berlin, 4. Mai. Der Freiheit zufolge wurde in der Hauptversammlung der Sattler und Tapezierer mit rund 1200 gegen fünf Stimmen ein Antrag angenommen, den Reichspräsidenten Ebert auszuschließen wegen Unterzeichnung des Todesurteils gegen den Eisendreher Kopp. „Die Anwesenden können den Reichspräsidenten nicht mehr als Kollegen anerkennen, weil er entgegen allen sozialistischen Programmen, welche die Todesstrafe verwerfen, gehandelt hat.“

Mgr. Pacelli, päpstlicher Vertreter in Berlin

Berlin, 4. Mai. Wie das B. T. hört, steht die Ernennung des bisherigen päpstlichen Nuntius in München, Mgr. Pacelli, zum päpstlichen Vertreter bei der Berliner Reichsregierung unmittelbar bevor. Der Nachfolger Pacellis in München ist noch nicht bekannt, doch erfährt das B. T. aus zuverlässiger Quelle, daß die bayrische Nuntiat in München bestimmt aufrecht erhalten wird.

Die Kohlenpreise

Berlin, 4. Mai. Der Reichskohlenrat hält am 11. und 12. Mai in Berlin eine Sitzung ab, die voraussichtlich eine eingehende Erörterung der Kohlenwirtschaft bringen wird. Insbesondere stehen auch die Brennstoffkohlenpreise und die Frage des Handelsnuzens zur Beratung.

Der Reichsernährungsminister in Köln

Berlin, 5. Mai. Die Köln. Volksztg. meldet, daß der Reichsernährungsminister Hermes heute Mittwochsabend, mit einigen Referenten und in Begleitung des Vorstandes der Reichsgetreidekasse nach Köln reisen wird, um mit den Behörden des besetzten Gebietes eine Anzahl aktueller Fragen der Ernährungslage zu besprechen. Ausführlich wird er über die Lage auf der in Köln stattfindenden Tagung der Rheinischen Bauernschaft berichten.

Die Ablieferung der Handelsflotte

Berlin, 3. Mai. Die deutsche Schiffsahrtsdelegation hat sich heute früh wieder nach London begeben, um dort die Verhandlungen mit der Entente über die Ablieferung der deutschen Handelsflotte fortzusetzen. Die Kommission steht unter der Leitung des Geheimen Legationsrates Seeliger.

Das Deutschtum in Oberschlesien

Breslau, 4. Mai. Die Erregung in ganz Oberschlesien hält an und führt an verschiedenen Orten zu offenem Aufruhr. In Tarnowitz kam es zu einem gewaltigen Demonstrationsszug der deutsch gestimmten Bevölkerung. Etwa 10000 Personen nahmen daran teil. Es wurden Fahnen und Schilder mitgeführt, auf denen zu lesen stand: „Wir kommen als Unbezahlte, wir sind deutsch bis auf die Knochen!“

Oppeln, 3. Mai. Die überaus erregte Haltung der deutschen Bevölkerung in Oppeln, die auch heute anhält, hat die polnischen Vertreter der Abstimmungskommission sowie des polnischen Konsulats veranlaßt, aus Oppeln abzureisen. Nur unter dem Schutz französischer Truppen gelang es ihnen, das Hotel auf einem Seitenwege zu verlassen, da sich bereits eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt hatte, die eine überaus drohende Haltung gegen die polnischen Agitatoren einnahm.

Aus dem besetzten Mairgau

Frankfurt, 3. Mai. Für das gesamte neu besetzte Gebiet des Mairgaues ist von jetzt an kein französisches Patzvisum mehr nötig. Es genügt, wie im übrigen besetzten Gebiet, ein gültiger Reisepaß. Für Frankfurt ist von dem französischen Stadtkommandanten die Straßenperrstunde vollkommen aufgehoben worden.

Die farbigen Truppen

Berlin, 3. Mai. In dem bisher besetzten Rheingau und Saargebiet wurden nach hierher gelangten Meldungen an farbigen Truppen sicher festgestellt neun algerische, zwei marokkanische, zwei singalesische und ein madagassisches Regiment. Wahrscheinlich befinden sich außerdem fünf marokkanische oder algerische Schützenregimenten in den besetzten Gebieten. Im neu besetzten Gebiet Mairgau waren fünf marokkanische Regimenter zu etwa je zweitausend Mann vorgehoben.

Eine Note der deutschen Regierung

Berlin, 3. Mai. Eine Note der deutschen Regierung an die Entente ersucht, nachdem die neutrale Zone von den deutschen Truppen geräumt ist, um unverzügliche Räumung Frankfurts und der besetzten Städte des Mairgaues.

Ausland

Der Oberste Rat als internationale Regierung

Paris, 8. Mai. Wie der Vertreter des Temps mitteilt, soll man in den Kreisen des Obersten Rates der Ansicht sein, dieser müsse ein internationales Regierungsorgan sein. Es sei nicht unmöglich, daß eines Tages die Aufnahme der deutschen Delegierten in den Obersten Rat in Betracht gezogen werde, ebenso früher oder später die Vertreter Rußlands. Dann würde neben dem Völkerbund ein internationales Regierungsorgan aus den Ministerpräsidenten aller Staaten bestehen.

Frankreichs Botschafter

Paris, 4. Mai. Frankreich hat seinen zukünftigen Botschafter in Berlin ernannt. Es ist der Direktor am Quai d'Orsay Maurice Herbette, der Sohn des früheren Botschafters in Berlin, der Bruder des Leitartiklers des Temps. Er war bei den Friedensverhandlungen der tätige Mitarbeiter für den Teil des Versailler Vertrags, der sich mit dem Vermögen der Auslandsdeutschen befaßt. Wah-

rend des Caillauxprozesses hat er durch eine auffallend regende Aussage den Standpunkt derer vertreten, die am Quai d'Orsay die Marokkopolitik Caillaux bekämpft haben.

Die Verteilung der deutschen Flotte

London, 4. Mai. Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß die Verteilung der deutschen Flotte folgendermaßen stattfinden wird: England erhält 5 große Schiffe und 124 Unterseeboote sowie andres Kleinmaterial, Frankreich 2 Schlachtschiffe und 38 kleine Schiffe, Japan und Amerika je 2 große Schiffe und Italien 7 Unterseeboote. Italien erhält weiter die Verfügung über alles, was in Stapa Flow noch geborgen werden kann.

Die Polen in Kiew

New York, 4. Mai. Associated Press meldet aus Warschau: Die Polen sind am 2. Mai in Kiew eingetroffen.

Amerika und der Friede

London, 4. Mai. Wie die Times aus Washington meldet, wird Senator Lodge morgen im Senat eine Entschließung einbringen, durch die der Friede mit Deutschland und Österreich erklärt werden soll. Die Tagesordnung verlangt, daß der Präsident Verhandlungen mit Deutschland und Österreich anknüpft, um die freundschaftlichen Beziehungen mit den beiden Nationen wieder herzustellen.

Bryan publiziert eine Erklärung, in der er den demokratischen Senatoren den Rat erteilt, den Versailler Friedensvertrag unverzüglich zu ratifizieren.

Amerika und der Abstundentag

Amsterdam, 2. Mai. Aus Washington wird gemeldet: In der letzten Sitzung der außerordentlichen Session des Parlaments hat die Regierung die in den sozialistischen Blättern veröffentlichten Berichte bestätigt, daß sie es für unmöglich halte, den auf dem Washingtoner Arbeitskongreß geforderten Abstundentag allgemein einzuführen.

Kleine politische Nachrichten

— Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers ist der Zeitpunkt der Erhebung der Ausfuhrabgabe auf den 10. Mai hinausgeschoben worden.

— Im früheren Kreise Marienwerder und für ganz Oberschlesien hat die interalliierte Kommission neue Briefmarken herausgegeben.

— Der unabhängige Abgeordnete und Stadtverordnete Emanuel Wurm, der vom 14. November 1918 bis 15. Februar 1919 an der Spitze des Reichsernährungsamtes stand, ist an den Folgen einer Operation gestorben.

— Holland wird sich an dem internationalen Lebensmittelfreid für Österreich mit drei Millionen Dollar beteiligen.

— Der Papst hat für arme Kinder in Deutschland bis jetzt schon mehr als fünf Millionen Mark gespendet.

— Nach Meldungen aus London wurde im englischen Unterhause erklärt, die Regierung beabsichtige nicht, das englische Belegungshier in den Rheinlanden zu vermehren.

— Der König der Belgier traf heute morgen auf dem Schießplatz Essenborn ein und wohnte eine Stunde lang den Schießübungen bei. Er begab sich dann nach Malmédy.

— Nach in Budapest eingetroffenen Nachrichten wurde das Komitat Komorn Ungarn zugesprochen; Westungarn soll binnen Monatsfrist an Österreich abgetreten werden.

— In Prag erscheint seit dem 24. April dreimal wöchentlich eine französische Zeitung: La Gazette de France.

— Der Ausstand in Italien ist beendet. Auch in Neapel hat die Führung der Gewerkschaften die Beendigung des Streiks verkündet.

— Nach Meldungen aus Madrid hat Dato den Auftrag erhalten, das Ministerium zu bilden. Er wird sich im Laufe des heutigen Tages entscheiden.

Die Lage im Industriegebiet

Neue Befehle

Berlin, 4. Mai. Das Reichswehrministerium hat am Montag zwei Befehle gegeben, die für Westdeutschland von größter Bedeutung sind. Zunächst hat die Regierung bestimmt, daß die Herstellung der verfassungsmäßigen Zustände in dem Gebiet südlich der Ruhr durch die Sicherheitspolizei erfolgen soll. Die Reichswehr findet dabei keine Verwendung. Ferner ist befohlen worden, daß die Herabsetzung der Truppenstärke in der 50-Kilometer-Zone, dem neutralen Gebiet rechts des Rheines, auf 50 Kompagnien, zwei Eskadronen und 20 Batterien beschleunigt durchzuführen sei.

Der Schutz des Ruhrgebietes

Berlin, 4. Mai. Beim Reichswehrministerium laufen täglich Gesuche aus allen Bevölkerungsteilen des Ruhrkohlenbezirk ein, die weiteres Verbleiben von Reichswehr und Sicherheitspolizei fordern und die der Besorgnis vor einem neuen Ausstand Ausdruck geben. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung dauernd bemüht ist, die Ordnung im Ruhrkohlengebiet sicherzustellen und daher auch, wie bekannt, Verhandlungen mit dem Verband eingeleitet hat, damit ein hinreichender Schutz den bedrohten Gebieten belassen werden kann.

Kein neuer Generallstreik

Düsseldorf, 4. Mai. Wie gemeldet wird, hat der Polizeikommissar an die Regierung berichtet, daß an eine Proklamation des Generallstreiks im Ruhrrevier wegen des Einzugs der Reichswehr in Düsseldorf augenblicklich nicht zu denken ist. „Dementsprechend veröffentlicht heute die Bezirksleitungen der SPD. und der USV. einen Aufruf, an die Arbeiterschaft des westlichen Industriebezirks, worin es heißt, daß augenblicklich der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, den Generallstreik anzuwenden. Sie fordern deshalb die gesamte Arbeiterschaft auf, in voller Ruhe dem Einmarsch der Reichswehr entgegenzusehen und sich durch keine Handlungen hindern zu lassen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.“

Die Reichswehr in Düsseldorf

Düsseldorf, 4. Mai. Heute nachmittag entspann sich im südlichen Stadtbezirk ein Gefecht zwischen Rotgardisten einerseits und Reichswehr und Grüner Polizei andererseits. Seit einigen Tagen hatten sich in der Nähe des besetzten Gebiets einige hundert Rotgardisten, namentlich aus dem Bergischen Land, angelagert und die Bevölkerung sehr belästigt. Heute nachmittag ging es zur Säuberung Abteilungen der Reichswehr und der Grünen Polizei gegen die Banden vor und drängten sie nach kurzem Kampf auf das besetzte Gebiet. Dort wurden die Rotgardisten entwaffnet. Bei dem Kampf auf dem unbesetzten Gebiet fielen zwei der Bandenleute, vier wurden verwundet und 12 gefangen genommen. Zwei Maschinengewehre und eine Anzahl Karabiner wurden erbeutet.

Proteste in Elberfeld

Elberfeld, 4. Mai. Die Sozialdemokraten heider Richtungen unternahm heute in der Stadtverordnetenversammlung gegen das angekündigte Einrücken der Reichswehr einen Vorstoß. Die Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf. Der Oberbürgermeister konnte jedoch die beruhigende Mitteilung machen, daß der Regierungskommissar telefonisch bekannt gegeben habe, daß Reichswehr nicht nach Elberfeld kommen würde.

Den selben Verlauf nahm die Stadtverordnetenversammlung in Barmen.

Kirchliches

Unfall des Hochw. Herrn Bischofs von Trier

St. Goar, 3. Mai. Der Hochwürdigste Herr Bischof von Trier hat am Schluß seiner Firmungsreise im Dekanat Mayen einen kleinen Unfall erlitten. Es handelt sich um einen Bruch des Schenkelhalses. Bis zur völligen Heilung dürfte etwa zwei Monate vergehen. Das Befinden des Hochwürdigsten Herrn ist im übrigen sehr gut.

Brühl und Umgebung

Brühl, 5. Mai.

† Fronleichnamspzession. Am Montagabend fand im Josephshaus eine Bspredung über die Fronleichnamspzession statt. Die Prozession nimmt in diesem Jahre folgenden Weg: Pfarrkirche, Kirchstraße, Mühlenstraße, Rentenstraße (1. Altar), Schützenstraße, Adlstraße, Bahnhofstraße, Schloß, (2. Altar), Schloßstraße, Markt (3. Altar am Rathaus), Uhlstraße, Mühlenstraße. Der 4. Altar ist im Tor des alten Friedhofs. Die ganze Prozession sammelt sich zum vierten Segen auf dem freien Platz und den angrenzenden Straßen in der Weise, daß weitaus die größte Zahl der Prozessionsmitglieder den Altar sehen kann. Nach dem Segen wird das Allerheiligste durch die vom Altar bis zur Kirche Spalier stehenden Schulkinder zur Pfarrkirche zurückgetragen.

2 Windthorstbund. Die Versammlung heute abend fällt aus, statt dessen versammeln sich die Vertrauensleute des 3. und 4. Bezirks.

!! Kartoffelausgabe für die Zeit vom 6. bis zum 15. April. Auf jeden Abschnitt er Kartoffelarten werden 5 Pfund zum Preise von 35 Pfg. das Pfund ausgegeben.

× Der Auslandsbrief 80 Pfennig. Die erhöhten Auslandsgebühren und die Nebengebühren der Post sind jetzt vom Reichspostminister festgesetzt worden.

Sie treten ebenfalls am 6. Mai in Kraft. Der Auslandsbrief kostet bis zu 20 Gramm 80 Pfennig, je weitere 20 Gramm 60 Pfennig, Postkarten 40 Pfennig, Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen je 50 Gramm 20 Pfennig. Geschäftspapiere mindestens 80 Pfennig. Warenproben mindestens 40 Pfennig, ebenso Mischsendungen.

Rheinland und Westfalen

* Köln: Ein trauriger Fall. Aus einer Kölner Familie der Altstadt begaben sich kürzlich ein Sohn und eine Tochter an den Niederrhein, um dort Lebensmittel für den Haushalt zu kaufen. Bevor sie sich trennten, verabredeten sie sich an einer bestimmten Stelle und zwar an einem Baum, vor der Rückreise wieder zusammenzufinden. Als der junge Mann zurückkehrte, fand er an dem betreffenden Baum die Schwester nicht vor, wohl aber deren Kucksack. Trotz längerem Wartens traf das Mädchen nicht ein, sobald er allein die Heimreise antreten mußte. Die Eltern fuhren dann anderntags an den Ort, wo sie feststellen mußten, daß das Mädchen überfallen, vergewaltigt und in den Rhein geworfen worden war. Es war bereits als Leiche im Totenhause aufgebahrt.

Landwirtschaft

Der Eratz von Wildschaden kann aus zwei Gesichtspunkten verlangt werden. Einmal ist der Jagdberechtigte zum Eratz verpflichtet, wenn er sein Wild übermäßig hegt. Diese Eratzpflicht findet auch statt, wenn der Schaden durch eine Wildart angerichtet wird, die nicht jagdbar ist. Wer z. B. wilde Kaninchen (in einigen Ländern sind sie jagdbar) aussetzt, obwohl er wissen muß, daß sie sich ungemein vermehren und daß sie in Feld und Wald großen Schaden anrichten, der muß diesen Schaden ersetzen. Die Klage ist beim ordentlichen Gericht, und zwar beim Amtsgericht ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes anzubringen. Der Geschädigte muß den Nachweis führen, daß der Jagdberechtigte ein Verschulden begangen hat.

Bei gewissen Wildarten und unter gewissen Umständen ist der Nachweis eines Verschuldens nicht erforderlich. Nach § 835 des B. G. B. ist der Jagdberechtigte ersatzpflichtig, wenn durch Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam-, Reh- oder durch Fasanen ein Grundstück beschädigt wird, an welchem dem Eigentümer das Jagdrecht nicht zusteht. Der Eigentümer darf die Jagd nicht auf solchen Grundstücken ausüben, die zum Gemeindejagdbezirk gehören. Als jagdberechtigt wird die Gesamtheit der Grundbesitzer des Gemeindejagdbezirks (Jagdgenossenschaft, Feldmarksgenossenschaft) angesehen. Diese Gesamtheit ist ersatzpflichtig. Die Eratzpflicht erstreckt sich auf den Schaden, den die Tiere an den getrennten, aber noch nicht eingeeinten Erzeugnissen des Grundstücks anrichten. Eingeeintet sind Feldfrüchte in Mieten, Dienen, Ställen usw. Anderer Schaden wird auf Grund des § 835 nicht ersetzt, z. B. nicht derjenige, der durch Hasen an den Feldfrüchten oder an Bäumen verursacht wird, doch sind diejenigen landesgesetzlichen Vorschriften aufrecht erhalten, die auch für den durch andere als die im § 835 genannten Wildarten verursachten Schaden eine Eratzpflicht aussprechen; solche Vorschriften gibt es z. B. für Hannover und Kurland, in Kurland muß sogar auch der Kaninchen Schaden ersetzt werden, obwohl die Kaninchen dort nicht jagdbar sind. Nicht unter

die Eratzpflicht fällt auch der Schaden, den z. B. Füchse und Marder unter dem Geflügel der Bauerngehöfte anrichten; für diesen Schaden ist auch aus dem Gesichtspunkt der Ueberhege ein Eratz nicht zu erlangen, da bei dem genannten Raubzeug eine Ueberhege wohl kaum stattfindet. Dem Jagdberechtigten wird ein Verschulden nicht deshalb angelastet werden können, weil er das gesamte Raubzeug nicht in genügender Weise abschleht, wohl aber kann der Grundbesitzer gegenüber diesem Raubzeug zur Selbsthilfe schreiten und sich dabei auf den § 228 des B. G. B. berufen.

Ersatzberechtigt ist der Geschädigte, also der Eigentümer oder Nutznießer des Grundstücks, auch der Pächter, der Inhaber einer Dienstbarkeit, z. B. einer Weidgerechtigkeit. Neben dem Nießbraucher kann nicht auch noch der Eigentümer Ersatz verlangen. Besitzt der Jagdpächter ein Grundstück in gemeinschaftlichem Jagdbezirk, so ist er ebenfalls ersatzberechtigt; da er aber zu der ersatzpflichtigen Gemeinschaft der Grundbesitzer gehört, hat er einen entsprechenden Anteil an der ihm zukommenden Entschädigung selbst zu tragen.

Eine hübsche Plauderei

(Wiederholt weil in der gekürzten Ausgabe nicht vollständig) findet sich im Amsterdamer Telegraaf: Gestern um Mitternacht kam mir ein Kind entgegen; mutterseelenallein auf der Straße ging es und weinte... ein armseliges Kind mit krummen Beinchen, dünnen Händchen und einem Tropfnäschen. Ich hielt es an: „Sagt du kein Zuhause?“ „Nein, Herr“, sagte das Kind, „das blaß und elend ausseh.“ „Hat man dich weggejagt?“ „Ja, Herr, niemand will mehr was von mir wissen... alle eilen sich vor mir... ich bin verstoßen. Als Vater mich auf die Welt brachte, schien alles so schön. Doch es scheint, daß in Vaters Gehirn ein Naderchen verstopft ist... und er ist jetzt ein bißchen wirr und läßt sich von einer Frau beherrschen. Und mein einer Onkel Georg ist auch nicht nett zu mir. Wenn ich zu ihm komme, schreit er so laut wie er kann — so daß alle Nachbarn es hören — wie lieb er mich habe, doch heimlich pufft und kneift er mich, daß ich blaue Flecken kriege und immer wieder fragt er, ob ich nun noch nicht Englisch kann. Und mein anderer Onkel Georg, der gerade aus Ägypten zurück ist, hat vor meiner Geburt tagtäglich fröhlich und spät sich selber weis gemacht, daß er mich gern haben würde. Und als ich geboren war und er mich in der Wiege liegen sah, war sein erstes Wort: Einen Mählein um den Hals und dann ins Wasser. Und all die anderen Onkels und Tanten weisen mich von ihrer Tür, je weniger sie sich um mich zu kümmern brauchen, um so lieber ist's ihnen.“

„Eine nette Familie hast du ja. Wer ist dein Vater?“

„Präsident Wilson, lieber Herr.“

„Und deine Mutter?“

„Der Krieg, lieber Herr.“

„Dann bist du also...“

„Der Wälderhund, lieber Herr!“

Verantwortlich für die Redaktion: P. Weinheimer. Druck und Verlag: Peter Becker, Brühl.

Gottesdienstordnung

Freitag, den 7. Mai. Herz Jesu Freitag. Donnerstag von 4 Uhr ab Gelegenheitsgottesdienst. Freitag 8 Uhr Auslegung des Allerheiligsten u. erste hl. Messe. 7 1/2 Uhr zweite hl. Messe. 7 Uhr 1. Messe zu Ehren des Perseus Jesu mit Segen. Abends 7 1/2 Uhr. Die Herz-Jesu-Andacht wird mit der Marienandacht verbunden.

GEGRÜNDET 1848

A. SCHAAFFHAUSEN'SCHER BANKVEREIN A. G.

AKTIENKAPITAL U. RES. M. 110 000 000

FERNSPRECHER 305

DEPOSITENKASSE BRÜHL SCHLOSSTR. 23

POSTSCHECKKONTO 79898

AUSFÜHRUNG ALLER BANKMÄSSIGEN GESCHÄFTE

Billig! Billig!

Herren-Anzüge

295^M 375^M
hell und dunkel
450^M 550^M
blau und braun
650^M 750^M
kariert und meliert
850^M 950^M

Köln,
Weidenbach 18. I. II.
Etagengeschäft Bora

Kaufe

jeden Posten
Papier, Bücher, Zeitungen, Geschäftsbücher
unter voller Garantie des
sofortigen Einkaufs.

L. Baumring, Köln,
Heinrichstr. 30.

Böppf

Quartette zu billigen Preisen
vorhanden in
Brühlstr. 106

Anzüge

aus nur guten Stoffen
und Butanen solid gearbeitet
550, 650, 700, 800^M
Hochf. Anzüge
erhalten, gearbeitet, 800^M
Köln, Neue Langgasse 1
Erste Etage, Obli. Büttel.

Brillie Sendung sehr schöner

Fasel-

Ichweine

preiswert abzugeben.

Job. Dier, Schweinebldg
Winnsdorf.

3 in Anzugstoff

preiswert in verkaufen.

Doppelstr. 15 II.

Jagdgewehr

Kaliber 16 Hader Greener

Verf. A. verl. Kurat. 6.

Umschlagbuch

10-12 Hader. Jungen zu

verkauft Kölnstr. 26 part.

Marine-Anzug

Ein Paar
Sonntagskleid.

3 Herren-Anzüge

zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Alle Zeitungen

als Einheitspapier geordnet

laut E. Vorlesung.

Markt 13. Brühlstr. 156

Herrenhemden

Nr. 40 u. eine 2. Schl. Bettst.

an verl. Wo f. d. Geschäft.

Ein Schöner

Schrank

als Vereinsklub angesetzt,

zu verkaufen.

Seite 29.

Wiederverkauft, u. frische

Meile. erstklass. born. weisse

Ziegen

haben zum Verkauf bei

Geschäftl. Bingerdorf.

Einzelverkauf. 76.

Zimmerleute, Schreiner,

Stellmacher, Maler,

Betonarbeiter, Glaser,

werden sofort auf unserer Baustelle

gefordert. Zu melden auf unserm

Baubüro Bldg. Brühlstr.

Peter Riese & Co. S. m. b. H. Köln.

Maschinist

zuverlässiger, verheirateter

haus in Brühl wird ein

Dienstmädchen

gefordert, welches alle häuslich

arbeiten verrichten kann.

Wohnungen dabeist. erbeten.

Durchaus zuverlässig

Putzfrau gesucht

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Stundenmädchen

sofort gesucht. Einmal 125^M.

Kölnstr. 55.

Mädchen

wegen Erkrankung des

jetzigen sofort frägliches

gefordert für alle Hausarbeit.

Str. 10. Kölnstr. 10.

Waschen, Bleichen

und Bügeln

meiner Wäsche?

Zu melden bei Frau Del-

hoffe, Kölnstr. 20/26.

Einige tüchtige

Erdbauer

gefordert.

Schachmattler Tomas Ruhn.

Kolonie-Neubau Brühlstr. 1

Junges Mädchen

für alle Hausarbeit sofort

gefordert. Bonnstr. 63

Küchenmädchen

welches die Küche noch weiter

erlernen will, sofort gesucht.

Höher Lohn u. gute Verpfle-

gung.

Frau W. Delfosse,

Brühlstr. 20/26.

Wer stimmt Klavier?

Zu erfragen in der Gesch.

Gut möbl.

Möbl. Zimmer

an durchaus ruh. am jung

mann ob. Schüler zu verm.

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Wer nimmt 1/2-jähr. frä-

liebvolle Pflege?

frühen gefunden Jungen in

Gef. Angebote mit Preis-

angabe unter G. B. 30 an

die Geschäftsstelle.

Brühlstr. 20/26.

2 Schlafstellen frei

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Mod. Einfamilien-Haus ob.

Villa m. Gart. n. 7-8 Hektar.

Brühlstr. 15. Brühlstr. 15.

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Haarflügelzylinder

in schwarz, weißer Out

(Größe 8) zu verkaufen.

Mühlenstraße 15 II.

Papiergeld

gekauft. Wo sagt die Gesch.

Geldbörse

mit Inhalt gefunden.

Abhandeln Roderweg 41.

Neuhergebr. Bildm. 48

Sohle alt, 3000 M. Erpam.

mit einem Jagen von 15 Jahr.

wünscht Beschäft. mit einem

braven Jrl. ob. Wwe mit 1

Kind, am lieb. vom Land,

zw. Delrat. Brühlstr. 15.

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Die bräunete junge Dame

im blauen Jadenleid, die

am Sonnabend, den 1. Mai

den 1. Mai um 11 Uhr ab Deut

nach Gummertbach befragte,

wird von gegenüber Altem

dem Herrn nochmals um

Angabe ihrer werten Adresse

gebeten, zwecks ehrsamer

Annahme. Antwort nach

Einzelrichtern unter meinem

Namen erbeten.

